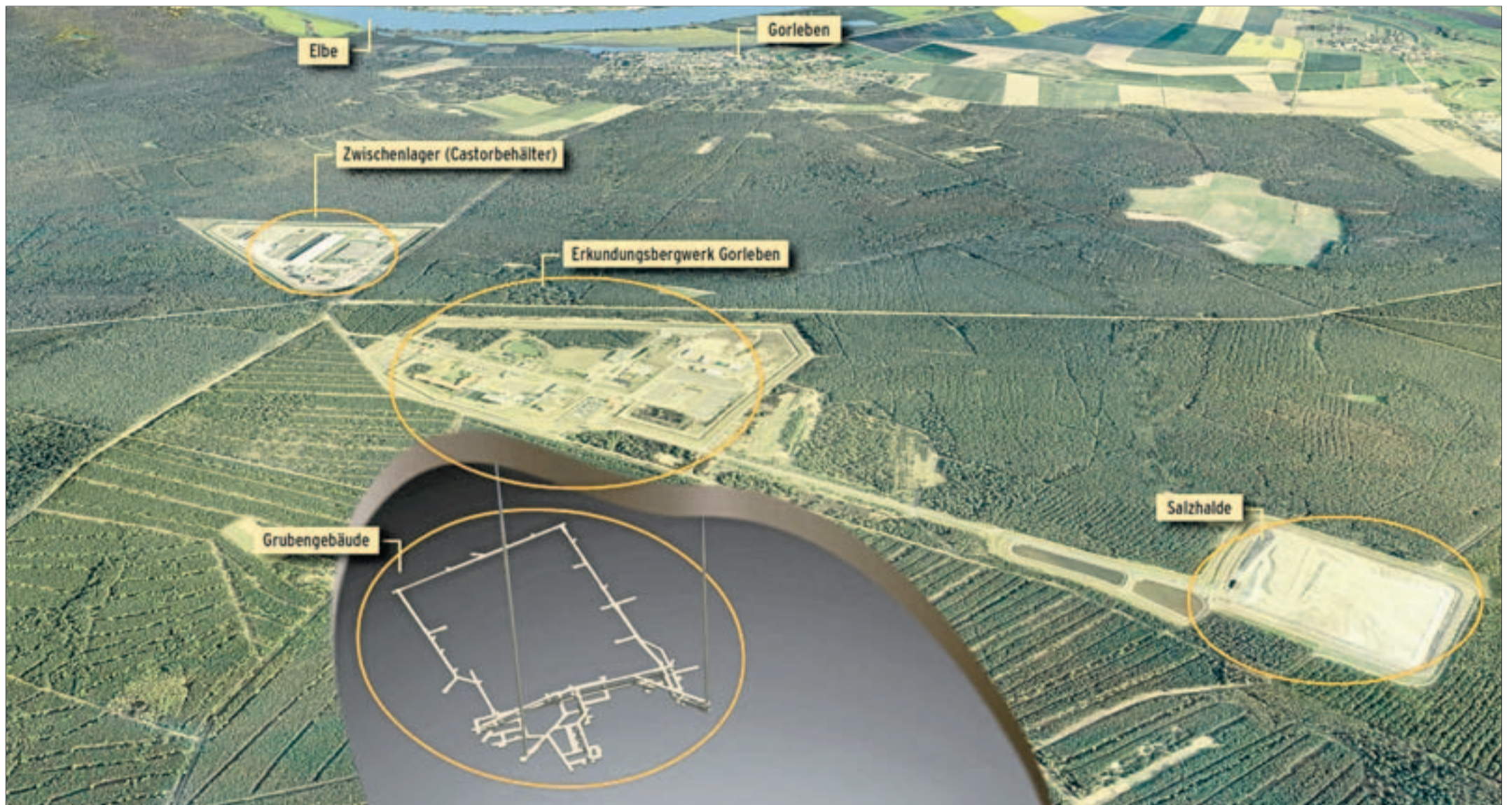


Atommüll Die Suche nach dem Endlager

1980 gab es die ersten Tiefbohrungen in Gorleben. Kurz darauf errichteten Atomkraftgegner das Hüttendorf „Freie Republik Wendland“. Seither ist das Wendland nicht zur Ruhe gekommen. In Berlin lädt Bundesumweltminister Norbert Röttgen morgen zum Endlager-Spitzengespräch.



Im Vordergrund ist ein Querschnitt des eigentlichen Salzbergwerks Gorleben zu sehen, dessen Tauglichkeit als Atomendlager erkundet werden soll (siehe auch Grafik unten). Links dahinter befindet sich das oberirdische Zwischenlager, in dem die Castorbehälter aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield gelagert werden. **Grafik: Bundesamt für Strahlenschutz**

Über 30 Jahre Widerstand gegen den Atommüll

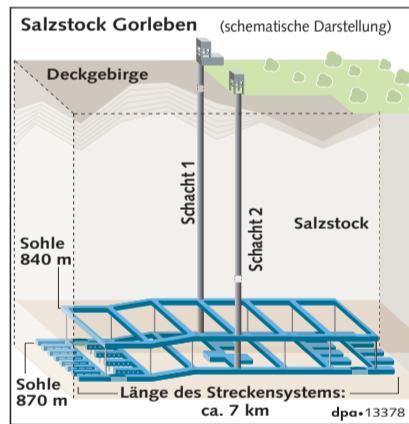
Geeignet oder doch nicht? Ein kurzer Rückblick auf das Gorleben-Drama seit der Endlager-Entscheidung 1977

Von Beate Hornack

„1961 ging das AKW Kahl ans Netz. In Deutschland begann damit die Ära des Atomstroms. Ihr Ende ist jetzt eingeläutet.“ So lautete eine Meldung der Tagesschau am 50. Jahrestag des Einstiegs Deutschlands in die kommerzielle Nutzung von Atomstrom im Juni 2011.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist also eingeläutet, das Problem der Lagerung des Atommülls aber bleibt. Salzstöcke wurden hierfür damals für besonders geeignet gehalten.

Im Februar 1977 beschloss die niedersächsische Landesregierung unter Ernst Albrecht (CDU), im



Querschnitt vom Salzstock in Gorleben. Grafik: dpa

Salzstock Gorleben ein „nukleares Entsorgungszentrum mit Wiederaufbereitungsanlage“ (WAA) zu errichten.

Die Bürger vor Ort hatten bis zuletzt gehofft, dass die Nähe zur DDR-Grenze ein Hinderungsgrund für diesen Beschluss sein könnte. Als er dann gefallen war, zitiert unsere Zeitung eine Bauersfrau mit den Worten: „Wer will denn noch unsere Milch, unsere Rüben und Kartoffeln kaufen, wenn das Ding hier gebaut wird?“

Von Anfang an kam der Widerstand gegen das atomare Endlager Gorleben aus der Mitte der Bevölkerung. 20 000 Menschen demon-

strierten schon im März 1977 gegen das geplante Lager, 100 000 im März 1979 in Hannover. Danach gab Albrecht den Plan der WAA auf.

Die Erkundung des Salzstockes Gorleben aber begann. 1980 erfolgten die ersten Tiefbohrungen. Am 3. Mai 1980 besetzten Atomkraftgegner eine Bohrstelle und errichteten das Hüttendorf „Freie Republik Wendland“, das einen Monat später gewaltsam von der Polizei geräumt wurde.

Seither ist das Wendland nicht zur Ruhe gekommen. Der Salzstock ist bisher nicht zu Ende erkundet, ein oberirdisches Zwischenlager wurde in Gorleben errichtet. Dort werden

die im französischen La Hague und britischen Sellafield aufbereiteten hochradioaktiven Kernbrennstäbe in Castorbehältern gelagert. Weder Verfassungsbeschwerden noch Proteste von Atomkraftgegnern konnten das verhindern.

Der Widerstand ist geblieben, das Misstrauen auch. Der nachlässige Umgang mit radioaktivem Müll im Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel wirkt nicht vertrauensbildend.

Viele Experten bezweifeln inzwischen hartnäckig, dass sich Atommüll rückholbar in Salzstöcken lagern lässt. Spätestens wenn Wasser eindringt, ist es mit der Sicherheit im Salzstock nämlich vorbei.

Was ist, wenn sich Gorleben nicht eignet?

Die politische Lage vor dem morgigen Endlager-„Gipfel“ bei Minister Röttgen – 1,5 Milliarden wurden schon in die Erkundung investiert

Von Christian Kerl

Das Endlager-Spitzengespräch bei Bundesumweltminister Norbert Röttgen ist in vielerlei Hinsicht schwierig. Wenn der CDU-Politiker morgen mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Suche nach einem Atommüll-Endlager sprechen will, sind die meisten Regierungschefs lieber nicht persönlich dabei. Nur Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) und sein Amtskollege aus Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne), werden kommen, die anderen Länder schicken ihre Umweltminister, Staatssekretäre oder einfache Ministerialbeamte.

Einige Ministerpräsidenten haben bloß ein protokollarisches Problem, weil sie normalerweise von der Kanzlerin eingeladen werden, nicht von einem Fachminister. Doch in vielen Landesregierungen herrscht auch Unmut über die mangelnde Vorbereitung des Treffens.

Die Enttäuschung war zu erwarten: Bei der Suche nach einem End-

lager für den hochradioaktiven Atommüll hat die Regierung Erwartungen über eine Kehrtwende genährt, die mit der praktischen Politik bislang wenig zu tun haben. Ein Neubeginn der Endlagersuche ist noch immer nicht erkennbar, auch wenn Röttgen erklärt, er wolle die aktuelle „Konsensstimmung für eine gemeinsame Endlagersuche nutzen“.

Das Gesetz hat Verspätung

Doch die Regierungslinie ist wesentlich bescheidener: Die Bundesregierung wollte zwar bis Jahresende einen Gesetzentwurf für die Erkundung eines Endlagers für hochradioaktiven Abfall vorlegen. Doch Röttgen kann nicht liefern, erst 2012 soll es wenigstens Eckpunkte geben. Klar ist indes schon, dass nach Festlegung der Kanzlerin die ergebnisoffene Weitererkundung des Salzstocks in Gorleben festgeschrieben werden soll – und daneben ein „Verfahren zur Ermittlung allgemeiner geologischer Eignungskriterien und möglicher Entsorgungsoptionen.“

Von einer parallelen Suche nach anderen Standorten neben Gorleben, dessen Weitererkundung Schwarz-Gelb 2010 beschlossen hatte, ist nicht die Rede. Ein beteiligter CDU-Ministerpräsident erklärt die Linie so: „Wir müssen gewappnet sein, wenn sich herausstellt, dass sich Gorleben nicht eignet – deshalb müssen wir uns Gedanken machen über Alternativen.“

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Auch die Regierung lässt nun Vorsicht walten, nachdem sie bisher stets erklärt hatte, nichts spreche bisher gegen die Eignung Gorlebens, zudem seien schon 1,5 Milliarden Euro investiert. Alle Hoffnungen aber, die Erkundung werde im Zuge der Atomwende zurückgestellt, hat Röttgen vor Wochen in einem Brief an McAllister zunichte gemacht.

Die Erwartungen in der politischen Diskussion indes sind hoch: So hat Baden-Württemberg einen Plan vorgelegt, wie die Suche nach einem Endlager neu starten könnte. Ministerpräsident Kretschmann will einen konkreten Zeitplan, nach dem

bundesweit vier mögliche Standorte ermittelt werden sollen – auch in Baden-Württemberg. Aus dieser Auswahl würden dann ab 2021 zwei Standorte untertägig erkundet. Der Chef der von Röttgen berufenen Entsorgungskommission, Michael Sailer, macht einen ähnlichen Vorschlag. Die Bundestags-Opposition verlangt ausdrücklich, bei einer neuen Suche Gorleben von vornherein auszuklammern. Der SPD-Umweltexperte Matthias Miersch sagt, Gorleben habe „keine Zukunft“.

Süden sperrt sich nicht mehr

Immerhin: Baden-Württemberg und Bayern, neben Niedersachsen die Länder mit potenziellen Standorten für ein Endlager, sperren sich nicht mehr – wie noch 2006 bei einem Vorstoß des damaligen Umweltministers Sigmar Gabriel (SPD) – gegen eine Suche auf ihrem Territorium. Aber ob die jemals stattfindet, ist ungewiss. Sollte es zu einem Such-Gesetz kommen, hätte erst die Wissenschaft das Wort. Röttgen will

einen Prozess vereinbaren, wie man auf Basis der verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse, Sicherheitsanforderungen und in einem transparenten Verfahren zum besten Standort gelangt. Das soll dann auch gesetzlich festgelegt werden. Röttgen will sogar diskutieren lassen, ob der Atommüll gegen die bisherige Linie nicht besser rückholbar gelagert werden sollte.

Die Debatten werden Jahre dauern. Nur: In Gorleben soll in 5 oder 6 Jahren die Erkundung abgeschlossen sein – bei festgestellter Eignung sollte dann nach Röttgens Planung das Genehmigungsverfahren für das Endlager beginnen. Wie das alles zusammenpasst, ist sein großes Geheimnis. Gorleben-Kritiker sind deshalb skeptisch, dass auf diesem Weg überhaupt andere Standorte richtig erkundet werden sollen. „Es kann gar keinen fairen Vergleich geben“, sagt Wolfgang Ehmke von der Anti-Atom-Initiative Lüchow-Dannenberg. „Wir müssen einen Schlussstrich ziehen, ein Neustart ergibt nur Sinn ohne Gorleben.“